

Wien, am Freitag, den 2. März 1928. (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 2. März 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr die Sitzung. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen, die eine Abänderung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes in Aspern, die Errichtung einer Kammerofenanlage im Gaswerke Leopoldau, die Erhöhung des Kostenbetrages für die Anschaffung von 102 Autobussen und für die Errichtung von drei Garagen, die Subventionen für die Gesellschaft der Musikfreunde im Betrage von fünftausend Schilling und für den Oesterreichischen Komponistenbund im Betrage von tausend Schilling und die Genehmigung eines Zuschusskredites von 11.800 Schilling für notwendige Herstellungen in der neuerrichteten Kleinkinderabteilung im Zentralkinderheim betreffen. Ebenfalls ohne Debatte werden die Bauentwürfe für einen Wohnhausbau in der Ybbstrasse und für einen Wohnhausbau in der Cervantesgasse genehmigt. Die Kosten für diese Neubauten betragen 1.450.000 Schilling. Auch der Ankauf des Riedhofes wird ohne Debatte beschlossen.

GR. Beisser (soz. dem.) berichtet sodann über eine Abänderung der Baulinien für einen Teil der Forsthausgasse beim städtischen Gasbehälter in der Brigittenau. In der Forsthausgasse beim Gasbehälter wird eine Gebläseanlage errichtet und dazu ist es notwendig, die Strasse um 1'5 Meter zu verengen.

GR. Scholz (E.L.) gibt zu bedenken, dass die Nähe eines Gasbehälters mit 250.000 Kubikmeter ein gewisses Gefahrmoment bedeutet. Die Gebläseanlage soll nun knapp an den Gasmesser herangebaut werden, wodurch das Gefahrmoment vergrößert wird. Die Forsthausgasse selbst wird in Zukunft einen grossen Verkehr zu bewältigen haben, da sie die Verbindung zwischen der Heiligenstädterbrücke und der Floridsdorferbrücke ist. Es wäre daher zu empfehlen, sie nicht zu verengen.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Beisser, dass nach den Behauptungen von Fachleuten für die Errichtung eines Gebäudes in der Nähe des Gasbehälters keine Gefahr besteht. Die Forsthausgasse ist heute eine der verkehrsrärmsten Wiener Strassen und die geplante Verengung wird keinesfalls dem Verkehr behindern.

Der Antrag wird angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet nun über die Verwendung des Erlöses der Dreissig-Millionen-Dollaranleihe vom Jahre 1927. Er erklärt einleitend, dass über die Verwendung nur ein Programm vorgelegt werden kann, weil aus den Erfahrungen, die man heuer und in den kommenden Jahren machen wird, immer wieder Neues schöpfen wird. Der Erlös der Dollaranleihe steht den städtischen Gaswerken, den städtischen Elektrizitätswerken und schliesslich der Strassenbahn zur Verfügung. Die Unternehmungen mussten, damit sie den sehr gesteigerten Anforderungen entsprechen können, in den letzten Jahren immer wieder ausgestaltet werden. Für diese Ausgestaltungen wurden ihnen Bankkredite zur Verfügung gestellt. Die Unternehmungen werden nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet und die Tarife sind so erstellt, dass sie keine besonderen Überschüsse abwerfen. Sie arbeiten nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung. Der Gesamterlös der Dollaranleihe beträgt rund 187 Millionen Schilling. 79'4 Millionen Schilling werden den städtischen Strassenbahnen zur Verfügung gestellt, 69'7 Millionen Schilling den Elektrizitäts-

werken und 37'7 Millionen Schilling den Gaswerken, die gegenüber den Elektrizitätswerken eine viel ruhigere Entwicklung zeigen.

Die Ausgaben der Unternehmungen verteilen sich nach Massgabe der Entwicklung des Abnehmerkreises und der Anforderungen. Bei den städtischen Gaswerken war im Jahr 1919 der Konsum 76'5 Kubikmeter auf den Kopf, im Jahre 1927 bereits 156 Kubikmeter. Durch die nahezu restlose Verwertung der Nebenprodukte sind die städtischen Gaswerke heute die grösste chemische Fabrik Oesterreichs geworden. Im Investitionsprogramm ist nun der Neu- und Umbau der Kammeröfenanlage und Retortenöfen, der Bau eines Gasbehälters, die Vergrösserung der Gasgebläseanlagen, Gassauger, und Teerschälder, die Erweiterung des Hauptrohrnetzes und der Regleranlagen, die Beschaffung von Gasmessern und die Errichtung von Kohleentlade- und Koksverladeanlagen sowie Kohlenmahl- und Mischanlagen vorgesehen. Heuer werden bei den städtischen Gaswerken rund 13'8 Millionen Schilling aus dem Dollarkredit investiert. In den folgenden Jahren wird bis einschliesslich 1931 mit Investitionen im Gesamtbetrag von rund 24 Millionen Schilling gerechnet. Vizebürgermeister Emmerling verweist sodann auf die ausserordentlich starke Entwicklung die die städtischen Elektrizitätswerke in den letzten Jahren genommen haben. Ende 1919 gab es nur 203.000 Konsumenten während gegenwärtig rund 600.000 Stromabnehmer zu verzeichnen sind. Die Stromerzeugung stieg von 228.688.000 Kilowattstunden im Jahre 1919 auf rund 520 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1927. Das Investitionsprogramm bringt die weitere Ausgestaltung der Elektrizitätswerke. Dieser grosse Ausbau der Elektrizitätswerke wird die Einleitung von elektrischem Licht in alle Wiener Wohnungen und Geschäftslokale benötigen. Wenn die Arbeiten die zum Teil schon beschlossen, zum Teil in Angriff genommen sind zeitgerecht durchgeführt werden und unter der Voraussetzung, dass die Entwicklung in der Zahl der Licht- und Kraftkonsumenten sich in der selben Weise vollzieht wie bis heute, werden wir für die Kraftwerke im Jahre 1929 eine Betriebsreserve von 30.000 Kilowattstunden im Jahre 1930 von 36.000, im Jahre 1931 von 35.000 und im Jahre 1932 von 32.000 haben.

Der für die Ausgestaltung der Strassenbahn vorgesehene Betrag von 79'4 Millionen Schilling soll nicht auf mehrere Jahre aufgeteilt werden, sondern bis zum Ende des Jahres 1929 seine Verwendung finden. Schon in den nächsten Wochen werden 70 neue Waggons angeliefert werden. Mit dem Vermer ten Wagenpark soll getrachtet werden eine wesentliche Verbesserung des Verkehrs zu erzielen durch Steigerung der Fahrleistungen und Vermehrung der Touren namentlich in den Morgen- und Mittagstunden. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Zimmerl (E.L.) bemerkt, die Vorlage deren Herstellung von der Mehrheit immer als so ausserordentlich schwierig bezeichnet wurde und die erst nach 4 Monaten vorgelegt wurde, hätte vom jüngsten Beamten in 24 Stunden hergestellt werden können. Es ist eine arge Zumutung an den Gemeinderat, dass diese Vorlage als Verwendungsnachweis für die Dollaranleihe hingestellt wird, da sie fast gar keine Ziffern enthält. Auch der Referent hätte weniger Worte aber mehr Ziffern bringen können. Wir haben gegen diese nichtssagende Vorlage in zwei Ausschüssen und im Stadtsenat protestiert, Vizebürgermeister Emmerling hat aber trotz unseres Protestes in der Vorlage nicht eine einzige Ziffer hinzugefügt. Das ist ein Vorgehen, den wir uns nicht bieten lassen können. So redet zum Beispiel die Vorlage davon, dass Kohlenvorkommen aufgeschlossen worden sind. Welche Kohlenvorkommen sind das? Das Werk Zillingdorf ist wesentlich eingeschränkt worden, die Ybbstalerkohlenwerke sind verkracht und der Spass hat dem Elektrizitätswerk neun Milliarden gekostet. (Lebhafte Härt! Härt! bei der E.L.) Lediglich hinsichtlich der Strassen-

bahnen kann die Vorlage als Verwendungsnachweis angesehen werden. Auch aus der beigefügten Tabelle sind keine Ziffern zu entnehmen. Ausserdem sind der Antrag und die Tabelle falsch und der Gemeinderat kann sie schon deshalb als Verwendungsnachweis nicht zur Kenntnis nehmen, weil sie von der falschen Voraussetzung ausgehen, dass den Unternehmungen tatsächlich 187 Millionen zur Verfügung stehen. Von den 187 Millionen sind aber 94 Millionen Bankkredite zurückgezahlt worden, so dass nur 93 Millionen übrigbleiben. Nun wird von der Mehrheit erklärt, es sei das ein Irrtum unsererseits, weil die 94 Millionen ^{als Kredit} wieder aufgenommen werden. Demgegenüber müssen wir feststellen, dass es sich eigentlich nie um einen Bankkredit gehandelt hat, sondern lediglich um eine finanztechnische Massnahme. Mit der Eskomptgesellschaft war nämlich die Vereinbarung getroffen, dass Abhebungen der städtischen Unternehmungen von dem Konto bei der ^{Eskompt-} Bank nur dann stattfinden können, wenn dieses Konto so gross ist, wie das Konto der städtischen Unternehmungen bei der Bank ^{ja} war. In Wirklichkeit kann auch keine Bank der Gemeinde Wien einen langfristigen Kredit von neunzig Millionen Schilling zum Einlagenzinsfuss gewähren. Stadtrat Breitner kann auch nicht wissen, ob im Jahre 1930 so grosse Bankguthaben werden unterhalten werden können und die Erfahrungen der letzten Zeit müssen uns da sehr pessimistisch stimmen. Wenn noch ein paar Gemeindebauten wie die Bauten in der Heiligenstädterstrasse und Hagenmüllergasse so wackelig werden, wenn sie noch ein paar Unternehmungen wie das städtische Kreditunternehmen oder noch ein paar Gesellschaften wie die Ybbstalerwerke, die Holzwerke, die Gemüseverwertungs A.G., die Porphyrit und die Baustoffe A.G. saniert, muss einem um die reiche Gemeinde Wien bange werden. Der Vorlage könnten wir nur zustimmen, wenn Stadtrat Breitner die Garantie einer Bank oder eines Bankenkonsortiums vorlegen könnte, mit der sich diese verpflichten, der Gemeinde Wien 94 Millionen Schilling auch dann zu borgen, wenn die städtischen Unternehmungen nicht ein ebenso grosses Guthaben bei ihnen haben. Das ist aber nicht möglich. Man sieht ja, welche Schwierigkeiten es bereitet hat, eine Anleihe von 187 Millionen Schilling zu bekommen. Wir halten den Antrag für unannehmbar und indiskutabel, wegen seiner Mangelhaftigkeit und weil über etwas verfügt wird, ^{was} man nicht mehr besitzt. Ich stelle daher den Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung. (Lebhaftes Händeklatschen bei der E.L.)

GR. Michal (soz. dem.) stellt mit Genugtuung fest, dass es möglich war die Kreditaktion innerhalb eines Jahres so durchzuführen, wie es im Wahlprogramm der Sozialdemokraten versprochen war.

Wir werden durch die Anleihe in der Lage sein, der Industrie grosse Mittel zuzuführen um unseren Werken neue Produktivkräfte anzusetzen und so eine Steigerung der Tagesleistung unserer Werke herbeiführen. Wir begrüssen es, dass unsere Werke seit Jahren ständig modernisiert und durch Rationalisierungsmethoden auf einer Höhe gehalten werden, die den Ansprüchen der heutigen Zeit genügt. Ebenso begrüssen wir es, dass diese Modernisierungen und Rationalisierungen ohne eine Schädigung der Angestellten und Arbeiter durchgeführt werden konnten, ja dass im Gegenteil Hand in Hand mit diesen Massnahmen eine Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter möglich war. Ganz im Gegensatz zur Privatwirtschaft, wo heute die Angestellten um 20 bis 30 Prozent niedriger entlohnt werden, als bei den städtischen

Werken. Die Vergabungen sollen zum allergrössten Teil, soweit dem nicht Patente im Wege stehen oder soweit es sich nicht um Produkte handelt, die im Inland nicht erzeugt werden, im Inland zur Vergabung kommen. Wir müssen bei dieser Gelegenheit Kritik üben an dem Verhalten unserer Industriellen, die gerade jetzt wieder unsere Wirtschaft beunruhigen. Seit Jahren wird durch ein Scharfmachertum vom Schwarzenbergplatz aus unsere Arbeiterschaft und Angestelltenschaft in ihrer Lebensexistenz bedroht. Jetzt gerade wird gegen die Industrie angestellten von den Unternehmern mit der Absicht vorgegangen zu verhindern, dass ein einheitlicher Kollektivvertrag für ^{eine} Angestelltenkategorie platzgreift. In verschiedenen Werken wird den Angestellten die Bezahlung des Urlaubsgeldes verweigert, sie werden gezwungen 70 bis 80 Stunden in der Woche Arbeit zu leisten. Es gibt Firmen, die ihren Angestellten Leistungen ^{auferlegen}, die diese nur mit Anspannung aller ihrer Kräfte fertigbringen. Wir wollen anlässlich der bevorstehenden Vergabungen von Arbeiten an unsere Industrie zum Ausdruck bringen, dass die Mittel, die nun verwendet werden sollen, und die von der Wiener Bevölkerung verzinst und amortisiert werden müssen, so verwendet werden, dass die der Gesamtheit der Bevölkerung zugute kommen. Wir nehmen daher bei diesem Anlass Stellung gegen die Machenschaften der Industriellen, gegen jene Betriebe, die seit Jahr und Tag von der Gemeinde Aufträge erhalten, die Angestellten aber in ihren Rechten verkürzen. Das gilt zum Beispiel von der Firma Friedrich Siemens im XX^I. Bezirk wo die Generaldirektoren Brüll und Fantl in ganz brutaler Weise gegen die Angestellten vorgehen. Von der Firma Vogelsinger und Pastree, wo Ingenieur Vogelsinger von den Arbeitern Leistungen bis zu 70 Stunden in der Woche verlangt, von der Firma Schoelle und Bleckman und andere. Diese Firmen sind es auch, die gegen andere Firmen, welche sozial einwandfrei sind, einen Ring schliessen und sie konkurrenzunfähig machen wollen. Die Gemeinde Wien, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu wahren hat, muss darauf Wert legen, dass die Unternehmungen, die von ihr Lieferungen erhalten, Sicherungen schaffen, dass die Anstellungs- und Lohnbedingungen für die Arbeiter und Angestellten gewährleistet sind. Wir können es nicht zulassen, dass jetzt zum Beispiel eine solche Beunruhigung in der Karrosserie und Autoindustrie platzgreifen. Da ist zum Beispiel die Firma Fross Büssing, die von der Gemeinde früher mit Aufträgen bedacht wurde und jetzt bedacht werden soll, die aber den Forderungen der Angestellten keine Rechnung trägt. Wir hoffen, dass bei dieser und bei anderen Firmen ein Wandel eintritt. Wir können diese Beunruhigung der Wirtschaft nicht zulassen, wir können es auch nicht zulassen, dass etwa eine Verzögerung in der Durchführung des Investitionsprogramms eintritt. Auch müssen wir verlangen, dass Arbeitslose von diesen Firmen beschäftigt werden. Wir stellen daher ^{folgenden} Antrag, der die Wahrung der Rechte der Angestellten und Arbeiter bezweckt: Bei der Vergabung von Gemeindeaufträgen geniessen Firmen, welche sowohl für die Arbeiter als auch für die Angestellten im Sinne des Gesetzes über kollektive Arbeitsverträge vom 18. Dezember 1919 mit den zuständigen Organisationen Kollektivverträge abgeschlossen haben, anderen Firmen gegenüber den Vorzug, falls nicht sonstige wichtige Gründe dagegen sprechen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

D R I T T E R B O G E N

GR Schelz (E. L.) erklärt, dass die Zahlen, die diese Vorlage enthält gar nichts sagen. Man hat erwartet, dass eine genaue Detaillierung der Investitionen für jedes einzelne Werk vorgelegt werden wird. Die Zahlen, die angegeben sind, sind überhaupt nicht wahr. Dies trifft insbesondere bei der Strassenbahn zu. Für dieses Unternehmen sind 79 Millionen Schilling eingesetzt. Darin stecken aber auch 6 7 Millionen für die Stadtbahn und 13 5 Millionen Schilling für die Anschaffung von Autobussen. Es verbleiben demnach nur 59 Millionen für die Strassenbahn. Das ist aber ohnedies der Betrag, der für die Jahre 1928 und 1929 an Investitionen normalerweise ausgegeben werden müsste. In diesen beiden Jahren muss die Strassenbahn unbedingt verbessert werden, wenn nicht ganz unhaltbare Zustände einreissen sollen. Der Gemeinderat hat bereits im Vorjahre wiederholt Beschlüsse über die Anschaffung von Autobussen gefasst, so dass eigentlich von den Beiträgen, die heute als Investitionsausgaben vorgelegt werden, wenigstens bei der Strassen nicht viel übrig bleibt. Wenn die fünfzig Autobusse noch bestellt werden sollen, dann reicht nicht einmal mehr der vorhandene Betrag aus. Es wäre wünschenswert, wenn der Referent diesen Widerspruch aufklären würde.

Nach dem Programm soll auch das Ebenfurter-Elektrizitätswerk erweitert werden. Dabei weiss heute die ganze Welt, dass man das Zillingdorfer Braunkohlenbergwerk, das Ebenfurt mit Betriebsstoff versorgt, immer mehr eingeschränkt wird. Das Ebenfurter Werk bezieht heute Kohle aus Grünbach und Köflach und man hört allgemein, dass die Gemeinde das Braunkohlenwerk in Zillingdorf verpachten will. Vor einigen Tagen haben dort die Bergarbeiter eine Versammlung abgehalten, wo öffentlich darüber geredet worden ist. Das Werk hat in der schweren Kriegszeit ungeheuer viel für Wien geleistet. Jetzt will man es stilllegen. Bei den Leuten dort herrscht eine sehr erregte Stimmung und man will es zum Streik kommen lassen. Die Gemeinde schädigt also ihre Arbeiter, sie werden durch die Schuld der Gemeinde brotlos, wie dies übrigens bei den Ybbstaler Kohlenwerken schon geschehen ist. So schaut die Arbeiterfreundlichkeit der Mehrheit aus. Die Minderheit muss diese Vorlage als unannehmbar ablehnen. (Beifall bei den Mitgliedern der Einheitsliste)

GR Haider (E. L.) führt aus, dass durch den Ausbau der Wasserkräfte die heimische Wirtschaft von der Kohle unabhängig werden soll. Auch in Oesterreich ist dieser Gedanke in der gesamten Volkswirtschaft immer mehr zur Geltung gelangt. Im Jahre 1911 gab es 60 Millionen Pferdekräfte, die aus kalorischer Kraft gewonnen wurden und sieben bis acht Millionen Pferdekräfte aus Wasserkraft. In einem Zeitraum von zehn Jahren ist die Zahl der aus Wasserkraft erzeugten Pferdekräfte auf 2 1/2 Million gestiegen, hat sich also verdreifacht. Es ist also ein Siegeszug der Wasserkraft festzustellen und auch die Gemeinde Wien hat sich diesem Gedanken nicht verschliessen können.

Die Minderheit wünscht, dass durch die Investitionen, die nun durch die Anleihe bestritten werden, eine wesentliche Entlastung der laufenden Gebarung erfolgt. Man sollte doch endlich dazu kommen, die Vorauszahlungen für Gas und Strom den Konsumenten zurückzugeben. Es wäre höchste Zeit, dass diese Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet wird. Der Redner bespricht nun das Investitionsprogramm für die städtischen Strassenbahnen. Dadurch, dass für die städtischen Strassenbahnen über 79 Millionen Schilling ausgegeben werden, anerkennt man die besondere Reformnotwendigkeit, der die Strassenbahn bedarf. Die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Partei erwartet mit Rücksicht auf die grosse Investitionssumme einen bes seren, menschenwürdigen Verkehr. Die sozialdemokratischen Vertrauensleute Wiens haben

sich von Vizebürgermeister Emmerling über die Verhältnisse bei der Strassenbahn Bericht erstatten lassen und mit aller Offenheit haben sie ihr Urteil über die Wirtschaft bei der Strassenbahn, über diese Kulturschande Wiens gefällt. Hätten nur wir ein Wort gesagt, sie hätten uns sofort vorgeworfen, dass wäre Opposition um jeden Preis. Der Redner liest nun Aufsätze aus der freigewerkschaftlichen Strassenbahner Zeitung vor, die auf die Verhältnisse bei der Strassenbahn verweisen, und führt dann weiter aus, dass das Professorenkollegium der Hochschule für Bodenkultur über die Wiener Strassenbahnverhältnisse ein Memorandum der Strassenbahndirektion überreicht. Obwohl die Wünsche der sozialdemokratischen Vertrauensmänner sofort beachtet wurden, blieb das Memorandum der Hochschulprofessoren unbeantwortet. In aller Stille aber erfüllen Sie die Wünsche Ihrer Vertrauensmänner. Das beweist ein vor einigen Tagen hinausgegebener Geheimerlass, in dem die Verlängerung der Verkehrszeit auf gewissen Zonen angeordnet wurde. Wir werden nicht früher rasten, im Auftrage der gesamten Bevölkerung Wiens immer wieder auf die Notwendigkeiten eines menschenwürdigen Verkehrs zu verweisen, solange sie nicht der Wiener Bevölkerung die Möglichkeit geben, in einer der Stadt Wien würdigen Art befördert zu werden. (Beifall bei der E. L.)

GR Stein (soz. dem.) erklärt, dass in Wien 90.000 arbeitslose Menschen an die Vorlage andere Erwartungen knüpfen als Gemeinderat Haider. Was ein Gewerkschaftsführer zu dieser Vorlage sagen kann, ist ein Dank an die Verwaltung der Stadt. (Beifall bei der Mehrheit). Die Angelegenheit der Investitionstätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung vom kommunalpolitischen Standpunkt zu betrachten, ist sehr nützlich. Darüber hinaus jedoch dürfen bei dieser Vorlage die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben nicht ausser acht gelassen werden. Wenn das Programm durchgeführt wird, geht wieder ein Plus an Aufträgen an die Industrie und an das Gewerbe hinaus. Die Investitionen erfüllen eine grosse volkswirtschaftliche Aufgabe, und dass der Stand der Arbeitslosen von zweidrittel auf eindrittel herabgedrückt wurde, ist der Investitionstätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung zu danken. (Beifall bei der Mehrheit). Ich richte an die Stadtverwaltung das Ersuchen, die Aufträge rasch hinauszugeben, sie aber nicht zu drängen, damit ihre Durchführung keine Ueberstundenarbeit erfordert. Wir leben in einer Zeit der Hochspannung sozialer Gegensätze. Die Unternehmer kämpfen mit den unanständigsten Mitteln gegen die Organisationen der Arbeiter. Es darf nicht zugegeben werden, wie die Betriebsorganisationen bespitzelt und unterwühlt werden. Diese Dinge sind für die Vorlage deshalb von Bedeutung, weil wir die Stadtverwaltung ersuchen müssen, auch auf diese Dinge zu achten. (Beifall bei der Mehrheit).

(E. L.)
GR Dr. Wagner führt aus, dass die Vorlage eine grosse Enttäuschung ist, weder der Form, noch dem Inhalte nach entspricht sie den Erwartungen, die an sie geknüpft wurden. Der Inhalt der Vorlage ist für eine Beschlussfassung vollkommen ungeeignet. Weder aus der Vorlage noch aus dem Referentenbericht geht hervor, dass ein Teil der Anleihe schon verausgabt ist. Der Antrag Zimmerl auf Absetzung von der Tagesordnung ist daher vollkommen begründet. Es handelt

sich in Wirklichkeit um keine Investitionsanleihe, sondern um eine Anleihe zur Tilgung von Schulen und zur Vornahme nicht mehr aufschiebbarer Reparaturen. Bei einzelnen Verwendungsräumen wird gar detailliert, wozu der Kredit verwendet wird. Insbesondere bedauern wir das beim städtischen Gaswerk, zu dem wir Vertrauen haben. Für eine Verwaltung die sich nicht gerne kontrollieren lässt, ist es zwar sehr bequem, die Möglichkeit zu einem Bedeckungs clearing zu haben, aber wünschenswert ist das nicht. Gemeinderat Dr. Wagner bespricht sodann die Vorlage im Einzelnen und weist darauf hin, dass an einer Stelle die jahrelange Verwahrlosung des Kabelnetzes der Elektrizitätswerke zugegeben wird. Stunden einer alten Zeit müssen gutgemacht werden. Hinsichtlich der Elektrizitätswerke werden lauter technische Details aber keine Ziffern angeführt. Dem meiste Kredit fordert das Strassenbahnprogramm heraus. Das übrigens reichlich zu spät kommt. Wenn nicht sehr rasch und mit aller Kraft Vorsorge getroffen wird, besteht die Gefahr eines grossen Verkehrsabfalls insbesondere anlässlich des 19. deutschen Sängerbundesfestes.

Der Zustand der Gleisanlagen, der Wagen und ihre Ueberfüllung sind skandalös. Die eingesetzten Beiräte dürften für die Gutmachung der Verhältnisse der letzten Jahre nicht ausreichen. Eine Erhöhung der Geschwindigkeit ist auf den meisten Linien angesichts der bestehenden Verdichtung nicht möglich. Wenn man an den wichtigsten Verkehrspunkten städtische Angestellte zur Regelung des Strassenbahnverkehrs aufstellen würde, wäre das viel besser, als sich mit Plänen der verkehrspolizeilichen Linie zu beschäftigen. Sehr auffällig ist es, dass sobald nach der Elektrifizierung der Stadtbahn grosse Summen für die Stadtbahn beansprucht werden. Der Redner verlangt Aufklärung über die genauen Kosten der Stadtbahnelektrifizierung.

Er beschäftigt sodann mit den Ausführungen der Mehrheitsredner und bemerkt, dass der Appell des Gemeinderates Stein auch bei seiner Partei einen Widerhall finde. Auch wir meinen, dass die jetzige Situation von vernünftigen Unternehmern nicht dazu benützt werden soll um den Zustand zu ungunsten der Arbeiter und Angestellten abzuändern und wir erwarten von ihnen, dass sie für die Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten das nötige Verständnis aufbringen werden. Wir wollen aber nicht, dass der Gemeinderat einen Druck auf die Unternehmer ausübt. Schliesslich wendet sich der Redner dagegen, dass nachdem die Angelegenheit Grailer im Nationalrat vom Abgeordneten Grailer selbst aufgeklärt worden ist, im Gemeinderat durch halbe Andeutungen von Neuen aufgerollt werde. Wenn aber die Sozialdemokraten sich über ein Spitzelsystem beklagen, so muss man fragen, von welchem Spitzel die Arbeiter-Zeitung die Briefe und Faksimiles erhalten habe, die sie abdruckt. Schliesslich erklärt der Redner, wenn der Bürgermeister die Vorlage von der Tagesordnung nicht absetzen sollte, müsste der Gemeinderat das Ehrgefühl haben, durch seine Abstimmung zu zeigen, dass er sich nicht anhängen lässt (Lebhafte Beifall bei der El.)

Vorsitzender Weigl erklärt, dass er den Wünschen der Gemeinderäte Zimmerl und Wagner entsprechend den Bürgermeister von dem Antrag Zimmerl verständigt habe, und dass der Bürgermeister nach der Geschäftsordnung es sei unmöglich eine so wichtige Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen. Und er habe mit den Gemeinderäten der Minderheit auch schon eingehend darüber gesprochen.

Vizebürgermeister Emmerling stellt gegenüber den Vorwürfen, dass die Vorlage unzulänglich sei fest, es handle sich lediglich um ein Programm. In den Investitionsprogrammen die die christlichsoziale

Partei in den Jahren 1901, 1914 und 1917 vorlegten stand nichts als die blossen Ziffern. (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Man lese zum Beispiel die detaillierten Angaben in unserem Programm über das Elektrizitätswerk. Mehr kann eigentlich nicht gesagt werden. Wenn sich Gemeinderat Wagner darüber beklagt, dass hier lauter technische Details angeführt werden, so kann ich ihm nur erwidern, dass es bei den Elektrizitätswerken eben nichts anderes als technische Details gibt (Heiterkeit bei der Mehrheit). - Gemeinderat Dr. Wagner: Das ist ein schlechter Witz! Zeigen Sie mir die Ziffern! Uebrigens werden alle diese Fragen den Gemeinderat anlässlich der Vergebungen wieder beschäftigen. Und wenn die Opposition etwa die Vorlage von Anträgen schon indessen Zeitpunkt wünscht, so hätte der Gemeinderat bis zum Jahre 1932 mit der Sache überhaupt nichts mehr zu tun. Vizebürgermeister Emmerling kommt sodann auf die Bemerkungen des Gemeinderates Zimmerl wegen der Ybbstaler Steinkohlenwerke zu sprechen und verweist darauf, dass dieses Werk in der Zeit der grössten Not an Brennmaterialien von der Gemeinde gepachtet wurde, um einen Stillstand der Wiener Werke zu vermeiden. Tatsächlich sind unsere Werke nicht ein einziges Mal gestanden, im Gegensatz zu den Werken von Prag und Berlin, die mitten im Kohlengebiet liegen. Dass dieses Werk irgendeinmal Qualitätskohle werde liefern können, daran hat niemand gedacht und wir wären schlechte Kaufleute wenn wir heute diese minderwertige Kohle verwenden wollten. Wenn man den Betrag von 90.000 Schilling verwirft, so muss man dem gegenüber halten, welche Mengen von den Ybbstalerwerken seit dem Jahre 1919 befördert wurden und bedenken, dass zum Beispiel im Jahre 1926 allein 266.000 Meterzentner befördert worden sind. Es handelt sich hier bloss um eine Sache der Verrechnung die nicht an einem Tag abgeschlossen werden darf, Vielmehr muss man auf die ganzen Jahre zurückgehen. (G.R. Kunschak: Vielleicht sagen Sie auch, wer der Direktion das Recht gegeben hat auf neun Milliarden mit einem Brief zu verzichten! Wir werden uns in der Frage noch sehen!)

Die Liquidation der Ybbstaler Werke ist im Uebrigen auch von den Herren Ihrer Partei, die in der Verwaltung sitzen und von allen Beschlüssen wussten, mitbeschlossen worden.

Gemeinderat Zimmerl hat auch über die Bankkredite gesprochen. Sie erklären immer, dass die Gemeinde so ungeheure Kassenbestände haben. Jetzt auf einmal fürchten Sie, dass wir in Schwierigkeiten kommen könnten. Sie müssen sich für das eine oder das andere entscheiden (Lebhafte Heiterkeit bei der Mehrheit). Uebrigens hat der Finanzausschuss den Beschluss auf Rückzahlung der Bankkredite einstimmig gefasst und es ist auch ganz selbstverständlich, dass wir, solange wir die Anleihe nicht verwenden können, die Bankkredite benützen. Wir hatten eben den Bankkredit. Jetzt benutzen wir zu diesen Investitionen die Anleihe.

G.R. Kunschak: Glauben Sie, dass Sie jeden Tag einen Bankkredit kriegen!

Vizebürgermeister Emmerling: Selbstverständlich! Wenn die Minderheit heute darüber geklagt hat, dass wir die Wiener Vertrauensmänner unserer Partei vor der Tarifierhöhung gefragt haben, so erkläre ich, dass dies das gute Recht der Vertrauensmänner ist. Eine Tarifierhöhung, die von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden muss, bringen wir immer vor die Vertrauensmännerkonferenz. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit)

Schliesslich wurde auch gesagt, dass man von den geplanten Betriebsverlängerungen nichts höre. Das ist unrichtig. Es wurde im Ausschuss für die städtischen Unternehmungen genau berichtet. Es ist nicht unbekannt, dass beispielsweise die Linien 39, 48 und 66 sehr bald bis zum allgemeinen Betriebsschluss geführt werden. Wenn über den Monopolcharakter der städtischen Unternehmungen Beschwerde geführt wurde, so muss festgestellt werden, dass die Bevölkerung alle Ursache hat, damit zufrieden zu sein, weil im Frieden der Gaspreis 24 Groschen war, heute nur 19 Groschen ist, der Strompreis 10.2 Groschen war, jetzt nur 5.2 Groschen ist und auch die Strassenbahn bei Berücksichtigung der vielen Ermässigungen weit billigere Tarife hat, als vor dem Krieg. Wir können also die Wirkungen eines solchen Monopols ruhig auf uns nehmen.

Zum Schluss teilt Redner noch mit, dass die geplante Umstellung auf das Rechtsfahren weit schwieriger ist, als der Laie denkt. Gewaltige Störungen sind während der Uebergangszeit unvermeidlich und diese Frage muss den Gemeinderat einmal ernstlich beschäftigen. Die Vorlage belebt unsere Wirtschaft und bringt die städtischen Unternehmungen um ein gewaltiges Stück vorwärts, sie kann deshalb mit ruhigem Gewissen angenommen (Stürmischer Beifall)

Vorlage und Antrag des Gemeinderates Michal werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Gemeinderat Thaller beantragt dann die Gewährung einer Subvention von 10.000 Schilling für die Lehrerarbeitsgemeinschaft "Lichtbild". Diese Arbeitsgemeinschaft ist bestrebt das Lichtbild in den Dienst des Schulunterrichtes zu stellen und hat sehr schöne Erfolge aufzuweisen.

GR. Doppler (E. L.) kritisiert, dass sich die Gemeinde in der Subventionspolitik ein eigenes System zurecht gelegt hat. Einem Parteiunternehmen werden Subventionen bewilligt, die übrigen werden abgewiesen. So wurde dem Arbeiter Radiobund eine Subvention bewilligt und der österreichische Radiobund, der unter den gleichen Verhältnissen arbeitet, wurde abgewiesen. Der Arbeiter radiobund hat im Radiobeirat vier Delegierte, der österreichische Radiobund drei. Das ist eine parteipolitische Verwendung der Steuergelder der Gemeinde Wien, die von der gesamten Bevölkerung aufgebracht werden. Dagegen müssen wir den schärfsten Protest einheben und verlangen, dass mit diesem Skandal gebrochen werden muss.

GR. Thaller erklärt, dass die Subvention der Lehrerarbeitsgemeinschaft keine parteipolitische Sache ist. Ihm selbst ist das Gesuch des österreichischen Radiobundes nicht vorgelegen.

Stadtrat Kunschak: Es ist aber dem Gemeinderat vorzulegen! Der Magistrat ist keine Vorzensurbehörde!

GR. Thaller: Der Lehrerarbeitsgemeinschaft gehören Lehrer aller Richtungen an und deshalb kann von einer parteipolitischen Verwendung von Steuergeldern nicht gesprochen werden.

Der Antrag wird angenommen.

ST. R. Kokrda berichtet über den Ankauf des Riedhofes. Der Kaufschilling beträgt 111.000 Schilling, wozu noch die Wertzuwachsabgabe und die Uebertragungsgebühren kommen.

GR. Pfeiffer (E. L.) erklärt, dass es im System der Gemeindevverwaltung liegt, möglichst viele Realitäten zu erwerben. Sie wollen den privaten Hausbesitz vermindern, und es ist ein kommunistisches System, von dem Sie sich leiten lassen. Für das Jahr 1926 waren zwei Millionen Schilling für Realitätenankäufe vorgesehen. Tatsächlich aber wurden 6.3 Millionen Schilling ausgegeben. Für das Jahr 1928 wurden vier Millionen Schilling eingestellt. Ich weiss nicht, ob Sie damit auskommen werden.

St. R. Richter: Bestimmt nicht!

ST. R. Kunschak: Ein Stadtrat erklärt den Voranschlag für

St. R. Kokrda:

GR. Pfeiffer: Wie ich gehört habe, wollen Sie an Stelle des Riedhofes eine Zwingburg errichten. Es ist eine Gewissensfrage, ob Sie berechtigt sind, mit Steuergeldern auch die Konzessionen, das Inventar und fünfzehn Kisten mit Glas und Porzellan zu kaufen.

ST. R. Kokrda erklärt in seinem Schlusswort, dass die fünfzehn Kisten, von denen Gemeinderat Pfeiffer gesprochen hat, nicht gekauft werden. Das eine Haus wurde im Jahre 1817 und das andere im Jahre 1793 gebaut. Beide sind Demolierungsobjekte, es ist selbstverständlich, dass sie eines Tages demoliert werden und der gewonnene Bauplatz auch verbaut wird. Es ist auch nichts neues, dass die Gemeinde Konzessionen kauft, das war auch schon vor dem Krieg.

ST. R. Kunschak: Der tiefere Sinn des Kaufes von Konzessionen liegt darin den Staat um seine Steuern zu betrügen.

ST. R. Kokrda: Das ist nicht wahr, denn der Akt geht ja der Gebührenbemessungsbehörde zu. Auch von Ihrer Verwaltung sind schon Konzessionen gekauft worden.

GR. Dr. Kolassa: Hätte der Magistrat die Konzessionen einge-zogen, hätten Sie sich Geld erspart!

ST. R. Kokrda: Die Einziehung der Konzessionen war wahrscheinlich juristisch nicht begründet. Im Übrigen bitte ich, den Antrag anzunehmen.

ST. R. Richter berichtet tatsächlich, dass er das Budget nicht als Humbug bezeichnet hat. Er habe nur den Wunsch ausgedrückt, dass das Budget für Realitätenankäufe überschritten werde, weil es im Interesse der Gemeinde Wien liegt, soviel Gründe und Realitäten als nur möglich erwerben zu können. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird angenommen.

GR. Lötsch berichtet über den Ankauf eines Drittels der Kreditanstalt der Gemeinde Wien für städtische Bedienstete gehörigen Liegenschaft in Gersthof.

GR. Doppler: stellt an den Referenten die Anfrage, wenn die anderen zwei Drittel der Liegenschaft gehören und ob das eine Drittel das der Kreditanstalt gehört, wirklich ihr letztes Vermögen ist. Es ist da von der Gemeinde ein Ausgabe gemacht worden, die in keinem Beschluss aufscheint. Wenn die Gemeinde schon so viel Geld für die Kreditanstalt ausgegeben hat, so soll sie das ganze Grundstück und nicht nur ein Drittel nehmen. Die Gemeinde hat für die verkrachte Kreditanstalt Steuergelder verwendet, um diesen ungeheuren Skandal zu decken und sich dadurch an den Dingen mitschuldig gemacht. (Beifall bei der Minderheit)

Gemeinderat Lötsch teilt mit, dass die Kreditanstalt nur ein Drittel der Liegenschaft besitzt, ein Drittel gehört dem Verband der städtischen Angestellten und ein Drittel dem Reichsverband der Gemeindeangestellten.

G. R. Doppler: Dann ist der Antrag falsch! Das Stück muss abgesetzt werden!

G. R. Panoschi: Herr Referent, sogar ihre Parteigenossen sagen, dass der Antrag falsch ist.

G. R. Kunschak ersucht, dass der Vorsitzende die Abstimmung über dieses Geschäftsstück aussetzen soll, weil es im strikten Widerspruch mit den Mitteilungen des Referenten steht.

Vorsitzender Hofbauer teilt mit, dass er das Geschäftsstück von der Taggsordnung absetze.

Schluss der Sitzung 10 Uhr nachts. Nächste Sitzung Freitag, den 9. März 1928 um vier Uhr nachmittags.
